

AK Friedenswissenschaft
HAW Hamburg



„HAW Hamburg – Wissen fürs Leben“?

Inhalt

Die Menschenzugewandtheit der Wissenschaften	3
Aus der Geschichte lernen	5
Aufklärung, Demokratie, Frieden - Eine Herausforderung für alle.....	7
Wofür Krieg?	7
Neue Formen der kriegslegitimierenden Ideologie	7
Die Bedeutung von Bildung und Wissenschaft für Frieden und eine menschenwürdige Gesellschaft.....	9
Freiheit der Wissenschaft und Forschung	9
Bildung und Forschung für den Krieg.....	10
Der Widerstand für Frieden wächst - Zivilklauselbewegungen an den Hochschulen	11

Der AK Friedenswissenschaft besteht aus verschiedenen Mitgliedern der HAW Hamburg und Bündnispartnern.

Wer regelmäßig unsere Flugblätter, Sitzungseinladungen und Veranstaltungshinweise über eMail erhalten möchte, kann uns eine Nachricht senden:

post@ak-friedenswissenschaft.de

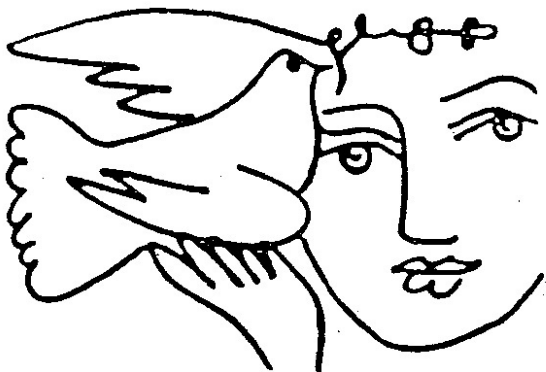
Weitere Informationen findet ihr unter:

www.ak-friedenswissenschaft.de

Die Menschengewandtheit der Wissenschaften

„Wir bekennen uns zu einer starken Verteidigung mit modernen und leistungsfähigen Streitkräften. Die Bundeswehr hat sich als Armee in der Demokratie und für die Demokratie bewährt. Das zentrale Leitbild der Inneren Führung und des Soldaten als Staatsbürgers in Uniform prägt auch weiterhin den Dienst in der Bundeswehr und den Einsatz der Bundeswehr für Frieden und Freiheit weltweit. [...] Die Jugendoffiziere leisten eine wichtige Arbeit bei der Information über den Auftrag der Bundeswehr. Wir begrüßen es, wenn möglichst viele Bildungsinstitutionen von diesem Angebot Gebrauch machen. Der Zugang der Bundeswehr zu Schulen, Hochschulen, Ausbildungsmessen und ähnlichen Foren ist für uns selbstverständlich. [...] Deutschland hat ein elementares Interesse an einer innovativen, leistungs- und wettbewerbsfähigen nationalen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie. Wir setzen uns für den Erhalt ausgewählter Schlüsseltechnologien und industrieller Fähigkeiten ein.“

„Deutschlands Zukunft gestalten“, Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, 27.11.2013



„Was für eine Welt könnten wir bauen, wenn wir die Kräfte, die ein Krieg entfesselt, für den Aufbau einsetzen. Ein Zehntel der Energien, ein Bruchteil des Geldes wäre hinreichend, um den Menschen aller Länder zu einem menschenwürdigen Leben zu verhelfen und die Katastrophe der Arbeitslosigkeit zu verhindern.“

Albert Einstein, Für einen militanten Pazifismus, 1931

Weltweit wird an zahlreichen Bewegungen, in Hamburg z.B. den Flüchtlingen „Lampedusa in Hamburg“ mit ihren BündnispartnerInnen, deutlich:

Viele Menschen wollen gegen Armut, soziale Ungleichheit und Krieg neu eine Perspektive internationaler gewaltfreier Konfliktlösung und sozialer Verbesserungen hervorbringen. Dabei steht nachdrücklich die Frage auf der Tagesordnung: Wie ist mehr soziale Gleichheit, Frieden und Demokratie nachhaltig zu verwirklichen?

Was alle bewegt, stellt auch Bildung und Wissenschaft vor ihre eigentliche Aufgabe: Lernend aus der Geschichte für menschenwürdige Lebensbedingungen und eine soziale, demokratische und friedliche Entwicklung der Gesellschaft Partei zu

ergreifen. „Das Denken und die Methoden der Vergangenheit konnten die Weltkriege nicht verhindern, aber das Denken der Zukunft muß Kriege unmöglich machen.“ (Albert Einstein)

Statt dies anzugehen, soll die auch 2013 weiter gewachsene soziale Ungleichheit zum Nutzen einiger weniger und zum Schaden vieler aufrechterhalten werden – in Hamburg, der BRD, in Europa und global. Die Folgen sind weltweit gesteigerte Erwerbslosigkeit, Flucht und Verelendung.

Soziale Ungleichheit ist strukturelle Gewalt und durch Gewalt (Krieg nach außen und Repression nach innen) wird sie verteidigt.

So sind auch die neuen „Vorhaben“ der Großen Koalition zu verstehen: „Deutschlands Zukunft“ soll auf Kosten der Mehrheit der Bevölkerung – hier und weltweit – durchgesetzt werden. Überall, wo Krieg geführt und das Gemeinwesen durch Austeritätspolitik verkrüppelt wird, verkümmern mit dem sozialen und kulturellen Leben die Menschen, wird sozialer Fortschritt verhindert. Dagegen können der eigentlich vorhandene gesellschaftliche Reichtum und die entwickelten technischen und wissenschaftlichen „Kräfte“ der Produktivität allen zur Verfügung gestellt werden; eine dadurch vernünftige Veränderung der Gesellschaft ergäbe ein besseres Leben für Alle: sinnvolle Arbeit, Bildung, Demokratie, soziale Entwicklung, Gesundheit und Kultur.

Für diese Entwicklung haben wir als Mitglieder der Hochschulen die Verantwortung in Lehre, Wissenschaft und Forschung für Aufklärung zu wirken. Dies bedeutet aktuell sich für die Schaffung von Friedensbedingungen und damit für die Abschaffung der Kriegswirtschaft bzw. ihre zivile Umwandlung einzusetzen. Entgegen der realen Verwirklichung dieser humanen Zwecke werden stattdessen Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen von Verteidigungs(Kriegs-)ministerien (z.B. Pentagon), Bundeswehr und Rüstungsunternehmen in Dienst genommen.

Die drängende Aufgabe einer menschenwürdigen Entwicklung weltweit verdeutlicht dagegen das Erfordernis einer rein zivilen Wissenschaft: Die Lösung gesellschaftlicher Probleme bedarf intellektueller Bemühungen der Hochschulen, wofür auch das Engagement der bundesweiten Zivilklauselbewegung steht, wovon der AK Friedenswissenschaft der HAW Hamburg ein Teil ist. Gegen die Einhegung der Wissenschaft für die niederen Zwecke der „Standort“konkurrenz der vergangenen Jahre ist das Tor für eine humane Hochschule beherzt zu öffnen.

„Ein kluger Kopf passt unter keinen Stahlhelm.“

Albert Einstein

Aus der Geschichte lernen

„Alle Mitglieder legen ihre internationalen Streitigkeiten durch friedliche Mittel so bei, daß der Weltfriede, die internationale Sicherheit und die Gerechtigkeit nicht gefährdet werden.



Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt.“

UNO-Charta, Artikel 2, Abs. 3 u. 4, 1945

Als Konsequenz aus dem 1. und 2. Weltkrieg gründete sich 1945 der Staatenzusammenschluss der Vereinten Nationen (UNO) mit dem Gründungszweck *„künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren, die zweimal zu unseren Lebzeiten unsagbares Leid über die Menschheit gebracht hat“* und *„Bedingungen zu schaffen, unter denen Gerechtigkeit und die Achtung vor den Verpflichtungen aus Verträgen und anderen Quellen des Völkerrechts gewahrt werden können“* (UN-Charta).

Als Bedingung dafür gelang die Befreiung der Menschheit vom Faschismus durch die Verbindung von internationalistischer Aufklärung, sozialem Engagement und antifaschistischer Kooperation. Zwei wesentliche Konsequenzen aus der historischen Erfahrung sind infolge dessen im Grundgesetz verankert worden. Erstens sollte von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen. Zweitens sollten alle politisch Verfolgten uneingeschränktes Asyl haben; Flüchtlinge sollten aufgenommen werden.

„Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.“ Grundgesetz, Artikel 26, Abs. 1, 1949

Entgegen diesem Verfassungsgebot und gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung („ohne-mich“-Bewegung) wurde 1952 unter der CDU mit der Wiederbewaffnung begonnen. Eins der Hauptargumente dafür war die antikommunistische Verunsicherungspolitik, dass man sich im Ost-West-Konflikt vor der UdSSR schützen müsse. Dagegen formierte sich eine bundesweite kämpferische Friedensbewegung.



Keine kriegslegitimierende Lüge auslassend fand dann 1999 aus sogenannten „humanitären Gründen“ durch den unter anderem von Deutschland geführten Angriffskrieg in Jugoslawien eine historische Zäsur statt. Dieser erste offensichtliche Bruch mit dem antimilitaristischen Grundgesetzgebot wurde weltweit verurteilt.

Nach den imperialistischen Aggressionen in Afghanistan, Irak, Libyen und Mali sind Bundespräsident Gauck, Verteidigungsministerin von der Leyen und Außenminister Steinmeier im Zuge der Münchner Sicherheitskonferenz nun in die Vollen gegangen: Die größere deutsche "Verantwortung" bedeute auch und vor allem mehr militärische Einsätze –

von Afghanistan bis Zentralafrika.

Deutschland ist also mitten drin im Konzert der Großmächte, wenn es um Rohstoffe, Energie und geostrategische Positionen geht.

Heute ist die Bundeswehr mit ca. 5.000 Soldaten in zehn internationalen Einsätzen beteiligt – vor allem in Afghanistan und Kosovo, aber auch vor Somalia und in Mali. In den „verteidigungspolitischen“ Richtlinien der Bundesregierung (2011) ist definiert wozu: „Freie Handelswege und eine gesicherte Rohstoffversorgung sind für die Zukunft Deutschlands und Europas von vitaler Bedeutung. Die Erschließung, Sicherung von und der Zugang zu Bodenschätzen, Vertriebswegen und Märkten werden weltweit neu geordnet.“ Menschen, denen auf Grund dieses Strebens die Existenzgrundlagen entrissen werden und die flüchten, wird gleichzeitig das Asyl verweigert.

Gegen diese menschenverachtende weltweite Wirtschafts- und Kriegspolitik ist in neuer Weise Widerstand von Nöten. Die positiven Ansprüche aus den historischen Lehren – Nie wieder Krieg. Nie wieder Faschismus – haben damals wie heute uneingeschränkte Aktualität und müssen neu zur Geltung gebracht werden: für Frieden und internationale Solidarität.

Aufklärung, Demokratie, Frieden - Eine Herausforderung für alle

„Zur Stabilität gehören natürlich ökonomische Interessen, und dass gerade wir Deutschen, die wie kein anderes Land volkswirtschaftlich vom Export leben, ein wirtschaftliches Interesse an Stabilität haben. Wir haben übrigens auch ein wirtschaftliches Interesse an Stabilität im Inland und wir wollen auch, dass diese Phänomene nicht nach Europa und nicht nach Deutschland kommen. Deswegen ist diese Unterscheidung, es geht entweder um Sicherheit oder um wirtschaftliche Interessen, doch falsch. Natürlich gehört zur Stabilität eben auch Welthandel, Freihandel. Unser ganzes Lebensmodell, die soziale Marktwirtschaft, eine exportgetriebene Wirtschaft, leben von sicheren Zugängen zu Rohstoffen, von sicheren Handelswegen und davon, dass nicht aus instabilen Ländern, gescheiterten Staaten die Unsicherheit zu uns nach Europa überschwappt.“

Andreas Schockenhoff, Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und zuständig für die Bereiche Außenpolitik, Verteidigung und Europa, aus einem Interview im Deutschlandfunk am 20.01.2014

Wofür Krieg?

Kapitalismus heißt Konkurrenz – alle gegen alle: Die Schwächeren bleiben auf der Strecke und die Stärkeren setzen sich durch – als Prinzip dieses Wirtschaftsystems. Weltweit werden Kriege (weiter-)geführt, Militärausgaben und -geschäfte in die Höhe getrieben und Banken „gerettet“, während die Vermehrung des Reichtums einiger Weniger zulasten der großen Mehrheit verfolgt wird. Dagegen wären erweiterte internationale Kooperation, Reichtumsumverteilung und Abrüstung von Nöten.

Kriege werden für Profitinteressen geführt: für die Eroberung neuer Absatzmärkte und Rohstoffgebiete – also für wirtschaftliche und imperialistische Expansionsinteressen. Dieser Wirtschaftsweise stehen neben „unsicheren Handelsrouten“ und „politischer Instabilität“ auch widerständige Staaten entgegen. Entsprechend sollen diese bekämpft und eingeschüchtert werden, um die herrschende Wirtschaftsordnung aufrechtzuerhalten. Damit die Bevölkerungen – anstatt international solidarisch zu sein – dazu gebracht werden für diese Ziele in den Krieg zu ziehen und ihr eigenes und das Leben anderer aufs Spiel zu setzen, muss der Krieg auf vielfältige Weise ideologisch abgesichert werden.

Neue Formen der kriegslegitimierenden Ideologie

Entgegen des seit hundert Jahren fortgeführten Mythos gab es weder in Deutschland noch anderswo jemals eine klassen- und schichtenübergreifende allgemeine Kriegsbegeisterung. Stattdessen musste auch in der Vergangenheit die in der Bevölkerung vorhandene Anti-Kriegs-Stimmung propagandistisch umgedreht werden. In diesem Sinne werden heute als Antwort auf die weltweit erstarkende Friedensbewegung und weil alte Formen der kriegslegitimierenden Ideologie, wie der

Patriotismus weitgehend überwunden sind, Kriege als „humanitäre Kriseninterventionen“ verschleiert. Um Kriegseinsätze vor der Bevölkerung zu legitimieren und um erkämpfte völkerrechtliche Verträge (z.B. UN-Charta) zu umgehen, wird der Krieg nun mehr als Nothilfe gegen Unterdrückung propagiert. In diesem Sinne versuchen wirtschaftlich und militärisch dominierende Staaten umzudefinieren, was weltweit Recht und was Unrecht ist – „frei“ nach den dahinterstehenden Profitinteressen.

Diese „Kriege im Namen der Menschlichkeit“ sind schon insofern abseitig, da Krieg immer Menschenrechtsverletzung und Unterdrückung ist.

Um die Hemmschwelle abzusenken, diesen inhumanen Zustand trotz allem in Kauf zu nehmen, sollen die Menschen durch vorrausgehende Kriegshetze, Lügen und fingierte Kriegsanklässe geblendet werden. Dieses wird mit der Konstruktion eines entmenslichten Feindbildes – in Form eines durch mediales Wirken dämonisierten „Terroristen“ – so weit getrieben, dass Kriege als Notwehr betitelt werden, da angeblich das sogenannte komplette „westliche Wertesystem“ bedroht werde. Bedroht wird allerdings meist nur der steigende Absatz der großen Unternehmen.



„Kannst Du die Demokratie schon sehen?“

Auf diese Weise sollen die neuen Formen der kriegslegitimierenden Ideologie weltweit zur Ermöglichung von Kriegen dienen und fast jede Handlung rechtfertigen, ob „Piraten“ vor Somalia bekämpft werden oder „islamistische Milizen“ in Mali.

Dagegen gilt es deutlich zu machen, dass hinter Krieg und Gewalt in der Regel ökonomische Interessen der Großindustrie, der transnationalen Konzerne und der großen und kleinen Rüstungsprofiteure stehen. Die Leidtragenden und Verlierer des Krieges sind immer die Menschen.

Für ein menschenwürdiges Leben aller ist es möglich und notwendig die gesellschaftlichen Kräfte und Energien auf eine friedliche, soziale und demokratische Entwicklung zu richten.

Die Bedeutung von Bildung und Wissenschaft für Frieden und eine menschenwürdige Gesellschaft

„Wir wollen alle ermuntern, sich für ein Bildungssystem und eine Gesellschaft einzusetzen, die von Aufklärung, Solidarität und Argumentation statt der kriegerischen Durchsetzung politischer und wirtschaftlicher Interessen geprägt sind.“
Unterschriftenkampagne „Lernen für den Frieden - Keine Rüstungsindustrie und kein Militär in Bildungseinrichtungen“

Zur Lösung der drängenden gesellschaftlichen Probleme, für eine humane Entwicklung der Lebensverhältnisse und Frieden weltweit kann Bildung, Wissenschaft und Forschung Erhebliches beitragen. Lernend aus der Geschichte haben Hochschulen die Verantwortung dafür zu wirken, dass die wissenschaftliche Betätigung in Lehre, Studium und Forschung aufklärerisch und erhellend gegen Kriegstreiberei und für sozialen Fortschritt eingreift.

Freiheit der Wissenschaft und Forschung

Die grundrechtlich festgesetzte Freiheit der Wissenschaft und Forschung (GG Art. 5 Abs. 3) ist eine der Konsequenzen aus der Einsicht und dem Vermächtnis „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus“.

Zur Zeit des deutschen Faschismus haben die Hochschulen wesentlich zum Vernichtungskrieg und zum Holocaust beigetragen. Als Lehre daraus sollte nach dem 2. Weltkrieg die Wissenschaft nie wieder für menschenrechtswidrige Interessen in Dienst genommen werden.

In diesem antifaschistischen und antimilitaristischen Geiste wurde im Zuge der 68er Studentenbewegung die demokratische Gruppenhochschule erkämpft, in der alle Hochschulmitglieder demokratisch (Studierende, Wissenschaftliche MitarbeiterInnen, ProfessorInnen und das Technische- und Verwaltungspersonal) über Inhalt und Entwicklung der Hochschule entscheiden sollten – frei von privater Inanspruchnahme.

Heute aber wird die Freiheit der Wissenschaft in ihr Gegenteil verkehrt: zur „Freiheit, sich zu verkaufen“. Mit der Ökonomisierung der Hochschulen (Unternehmerische Hochschule, Bachelor/Master, Studiengebühren) wurden die demokratischen Errungenschaften zu Gunsten wirtschaftlicher Einflussnahme teilweise zurückgedrängt. Zunehmende Abhängigkeit der Forschung von privaten Geldgebern führt dazu, dass nur noch geforscht werden soll, was potentiell profitabel ist. Dies ist erkenntnisfeindlich und muss beendet werden.

Die im Grundgesetz festgeschriebene Würde des Menschen, die Friedensfinalität und das Sozialstaatsgebot sind nicht losgelöst von der Wissenschaftsfreiheit. Sie bilden eine Einheit - somit kann Freiheit der Wissenschaft und Forschung niemals Freiheit zur Kriegsunterstützung bedeuten.

Bildung und Forschung für den Krieg

Um gegen diese gebildete Perspektive Kriege führen zu können, müssen alle Bereiche der Gesellschaft für sie eingespannt werden. Seit der Aufhebung der Wehrpflicht 2011 versucht die Bundeswehr offensiver als Teil des „normalen“ öffentlichen Raumes aufzutreten und mit Hilfe von Marketingstrategien die Bevölkerung für Kriegseinsätze einzuhegen. So wehren sich bundesweit SchülerInnen und LehrerInnen gegen den Besuch und Lehrinhalte der Bundeswehr. Sogar Jugendzeitschriften (z.B. die Bravo) werben für Abenteuer-Camps der Bundeswehr.



Auch Hochschulen sollen in diesem Sinne instrumentalisiert werden: Der industriell-militärische Komplex ist stetig auf neue technologische Anwendungen zur Optimierung der Kriegsführung angewiesen. Durch die Zusammenarbeit mit öffentlichen Einrichtungen kann die Rüstungsindustrie ihre Forschungs- und Entwicklungskosten senken und wird so durch öffentliche Mittel subventioniert (meist getarnt als sog. „Dual-Use-Forschung“)

Ingenieurs- und Naturwissenschaften sind dabei besonders verstrickt in Rüstungs- und Militärforschung, z.B. Maschinenbau (Marine), Flugzeugbau (Luftwaffe) und Informatik (Drohnen). Aber auch Sozialwissenschaften geraten zunehmend ins Blickfeld der Rüstungsindustrie, die z.B. die Widerstandsfähigkeit von Gruppen bei militärischen Besetzungen erforschen sollen. Welche konkreten Kooperationen an den jeweiligen Hochschulen wirklich stattfinden, wurde in den letzten Jahren zunehmend geheim und Verträge privater Wirtschaft unter Verschluss gehalten. Dies gerät durch Anfragen im Bundestag oder gezielte Recherchen über das Ausmaß der Involviertheit der Hochschulen in Rüstungsforschung zunehmend in Kritik. Bundesweit wurde dadurch die Diskussion über die Rolle der Hochschule in der Gesellschaft neu entfacht.

Der Widerstand für Frieden wächst - Zivilklauselbewegungen an den Hochschulen

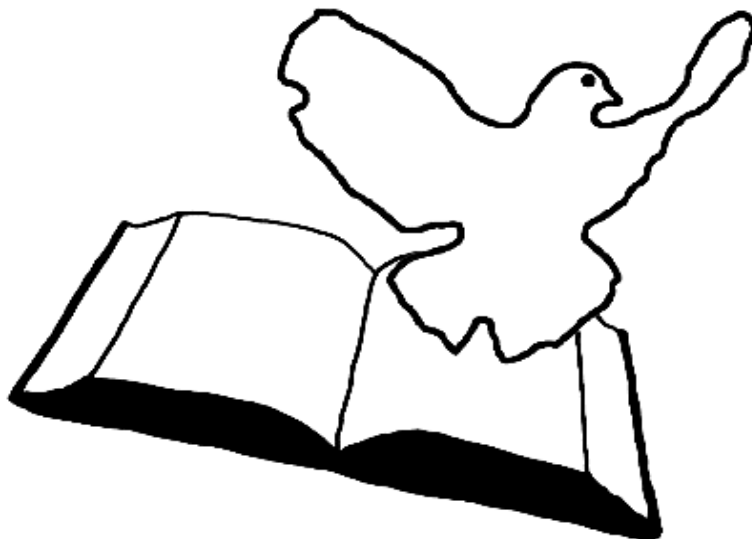
Gegen eine Ausrichtung der Bildung, Wissenschaft und Forschung die zu Aufrüstung, zur Zerstörung sozialer und natürlicher Lebensgrundlagen und zur Ermordung von Menschen durch Krieg beiträgt, werden bundesweit immer mehr Menschen aktiv.

Die drängenden gesellschaftlichen Aufgaben können nur zivil gelöst werden, daher müssen sich Hochschulen auf strikt zivile Zwecke verpflichten und zum Frieden beitragen. Gerade in Krisenzeiten stehen Bildung und Wissenschaft in der Verantwortung, zur Lösung gesellschaftlicher Probleme beizutragen und für menschenwürdige Lebensverhältnisse und Frieden weltweit zu forschen. Inzwischen gibt es an über 30 Hochschulen Initiativen von Studierenden und MitarbeiterInnen, die gegen die Kriegspolitik aufklären und sich für eine Redemokratisierung der Hochschulen einsetzen. Sie wirken dafür, dass die gemeinsame wissenschaftliche Aneignung und Arbeit zu Frieden, einer zivilen Entwicklung der Gesellschaft und zu Verbesserungen der Lebensbedingungen weltweit beitragen.

Sozialkritische Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Inklusive Bildung, geschichtsbewusste Kunst- und Geisteswissenschaften, Friedens- und Konfliktforschung, eine humanistische Orientierung für Kommunikations- und Naturwissenschaften können eine solche Entwicklung befördern.

Letztes Semester haben auch an der HAW Hamburg friedensbewegte Hochschulmitglieder einen Arbeitskreis Friedenswissenschaft gegründet, um für bessere Voraussetzungen der HAW Hamburg zu wirken, damit diese zu einer solchen positiven Entwicklung der Gesellschaft beitragen kann. Der AK tritt unter anderem als Teil der bundesweiten Initiative „Hochschulen für den Frieden“ für Zivilklauseln an Hochschulen ein.

Alle sind eingeladen, sich an dieser Diskussion zu beteiligen.



„Mit den Waffen des Geistes gegen den Geist der Waffen“
Martin Löwenberg, Widerstandskämpfer gegen den deutschen Faschismus, KZ-Häftling und Zwangsarbeiter, Gründung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) und des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes.

„Ich halte dafür, daß das einzige Ziel der Wissenschaft darin besteht, die Mühseligkeit der menschlichen Existenz zu erleichtern. Wenn Wissenschaftler, eingeschüchtert durch selbstsüchtige Machthaber, sich damit begnügen, Wissen um des Wissens willen aufzuhäufen, kann die Wissenschaft zum Krüppel gemacht werden, und eure neuen Maschinen mögen nur neue Drangsale bedeuten. Ihr mögt mit der Zeit alles entdecken, was es zu entdecken gibt, und euer Fortschritt wird doch nur ein Fortschreiten von der Menschheit weg sein. Die Kluft zwischen euch und ihr kann eines Tages so groß werden, dass euer Jubelschrei über irgendeine neue Errungenschaft von einem universalen Entsetzensschrei beantwortet werden könnte. - Ich hatte als Wissenschaftler eine einzigartige Möglichkeit. In meiner Zeit erreichte die Astronomie die Marktplätze. Unter diesen ganz besonderen Umständen hätte die Standhaftigkeit eines Mannes große Erschütterungen hervorrufen können. Hätte ich widerstanden, hätten die Naturwissenschaftler etwas wie den hippokratischen Eid der Ärzte entwickeln können, das Gelöbnis, ihr Wissen einzig zum Wohle der Menschheit anzuwenden! Wie es nun steht, ist das Höchste, was man erhoffen kann, ein Geschlecht erfinderischer Zwerge, die für alles gemietet werden können. Ich habe zudem die Überzeugung gewonnen, Sarti, daß ich niemals in wirklicher Gefahr schwebte. Einige Jahre lang war ich ebenso stark wie die Obrigkeit. Und ich überlieferte mein Wissen den Machthabern, es zu gebrauchen, es nicht zu gebrauchen, es zu mißbrauchen, ganz, wie es ihren Zwecken diene. Ich habe meinen Beruf verraten. Ein Mensch, der das tut, was ich getan habe, kann in den Reihen der Wissenschaftler nicht geduldet werden.“

Bertolt Brecht, Leben des Galilei, 1939

